

Unterschreiben Sie hier den offenen Brief: <http://www.s2bnetwork.org/sign-democratisation-letter/>

An
die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten,
die Europäische Kommission,
die Mitglieder des Europäischen Parlaments
und die Mitglieder der Parlamente der Mitgliedstaaten

Die EU-Handelspolitik demokratisieren!

Wir, die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, kleinbäuerlichen Organisationen und BürgermeisterInnen fordern eine grundlegende Demokratisierung der Handels- und Investitionspolitik der Europäischen Union.

Moderne Handelsabkommen werden in ihrem Geltungsbereich zunehmend ausgeweitet und schränken politische Spielräume und demokratische Entscheidungsfindung in allen Bereichen der Gesellschaft ein. CETA und TTIP haben deutlich gezeigt, wie die EU-Handels- und Investitionspolitik von den Verhandlungen bis zur Ratifizierung die Interessen von Konzernen gegenüber demokratischen Prozessen privilegiert. Von Beginn der Verhandlungen an wurden Konzern-LobbyistInnen eingebunden, während Akteure des öffentlichen Interesses, ParlamentarierInnen, Gemeinden, Regionen und nicht zuletzt die BürgerInnen im Dunkeln gelassen wurden. Der Mangel an demokratischer Beteiligung und die Geheimhaltung sind auch zentrale Gründe für die Kontroversen rund um die Ratifizierung von CETA.

Die bisherigen Erfahrungen mit CETA und TTIP machen klar, dass die bestehenden Verfahren der EU-Handels- und Investitionsabkommen grundsätzlich verändert werden müssen. Nur ein demokratischer und transparenter Prozess von Beginn an - sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten - kann garantieren, dass Handels- und Investitionsverträge uns allen nutzen und daher auch breite Zustimmung finden.

Unser Ziel ist es die EU-Handels- und Investitionspolitik zu demokratisieren, indem das EU-Parlament, die Parlamente der Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft eingebunden werden und eine breite Debatte durch einen transparenten Prozess ermöglicht wird.

Es geht hier nicht um technische, sondern um politische Fragen. Der jüngste Vorschlag der EU-Kommission, Investitionen aus zukünftigen EU-Handelsverträgen auszusparen und damit die Ratifizierung durch die Parlamente der Mitgliedstaaten überflüssig zu machen, darf nicht zu weniger Demokratie führen. Es braucht die Beteiligung der Parlamente und eine öffentliche Debatte von der lokalen bis zur europäischen Ebene während des gesamten Prozesses. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Prozess zulasten demokratischer Beteiligung übereilt wird.

Die folgenden Leitlinien und Schritte sind aus unserer Sicht notwendig, um eine demokratische EU Handels- und Investitionspolitik zu erreichen.

Leitlinien

Handel ist kein Selbstzweck, sondern muss sozialen, umweltpolitischen und wirtschaftspolitischen Zielen dienen. Handels- und Investitionsabkommen dürfen nicht Liberalisierung, Handelsmaximierung und weniger Kosten für Unternehmen ins Zentrum stellen. Stattdessen müssen sie öffentliche Interessen wie die Bekämpfung des Klimawandels,

gute Arbeitsplätze, öffentliche Gesundheit, Steuergerechtigkeit und finanzielle Stabilität befördern. Das bedeutet auch, dass Handelspolitik dem Erreichen der Ziele und Verpflichtungen in menschenrechtlichen und anderen internationalen Verträgen - wie etwa dem Pariser Klimaabkommen, den ILO Kernarbeitsnormen, der Biodiversitätskonvention und den Zielen für Nachhaltige Entwicklung - dienen muss.

Neun Schritte für einen demokratischen Prozess

1. Ein offener und kontinuierlicher Konsultationsprozess vor und während der Verhandlungen

Die EU-Kommission muss vor der Entscheidung über ein Verhandlungsmandat einen offenen und transparenten Konsultationsprozess organisieren. Die Konsultation muss wirklich offen sein und darf nicht nur einen vorherbestimmten Ausgang erlauben. Die Kommission muss den Entwurf des Mandats öffentlich machen, um eine ernsthafte Debatte in den Parlamenten und mit der Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Alle Beiträge des Konsultationsprozesses müssen öffentlich sein.

2. Gleiches Mitspracherecht für alle Interessensvertreter im gesamten Verhandlungsprozess

Alle Stakeholder müssen die gleichen Möglichkeiten haben ihren Input zu geben – vor, während und nach den Verhandlungen. Sowohl die Kommission als auch die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen in ihrem Umgang mit Stakeholdern Ausgeglichenheit herstellen; sowohl quantitativ als auch qualitativ. Das bedeutet auch aktiv den Kontakt mit unterrepräsentierten Akteuren zu suchen und den Kontakt mit überrepräsentierten Gruppen zu begrenzen. Kontakte mit Interessensgruppen sollten proaktiv und vollständig offengelegt werden. Schließlich soll die Kommission auch darauf verzichten aktiv und intransparent den Kontakt mit Interessensgruppen auf bilateraler Basis zu suchen.

3. Mandate müssen von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament beschlossen werden

Die Mandate für Handels- und Investitionsvereinbarungen sollten nicht nur vom Rat, sondern auch vom EU-Parlament diskutiert und beschlossen werden. Darüber hinaus müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten die Mandate mit ihren Parlamenten diskutieren und deren Zustimmung einholen.

4. Die Generaldirektionen (DGs) und Ministerien mit Zielen im öffentlichen Interesse müssen eine wesentlich stärkere Rolle in den Verhandlungen haben

Um soziale, umwelt- und wirtschaftspolitische sowie andere öffentliche Interessen in den Mittelpunkt zu stellen, müssen auch andere DGs und Ministerien eine wesentlich wichtigere Rolle in der Ausarbeitung und Gestaltung der Handelspolitik auf allen Ebenen haben.

5. Alle Mandate und Verhandlungsdokumente müssen öffentlich sein

Das EU-Parlament, die Parlamente der Mitgliedstaaten und die Öffentlichkeit müssen während der Verhandlungen in vollem Umfang Zugriff auf die Mandate, Verhandlungsvorschläge und konsolidierten Texte haben.

6. Die Parlamente der Mitgliedstaaten der EU müssen Vorgaben für die laufenden Verhandlungen machen können

Mitgliedern des EU-Parlaments und der nationalen Parlamente muss es über die Informationsrechte hinaus möglich sein, verbindliche Zielvorgaben und neue Vorschläge in laufende Verhandlungen einzubringen. Die hierzu stattfindenden Debatten sollten öffentlich und unter Einbindung der Zivilgesellschaft geführt werden.

7. Breite parlamentarische Debatte vor dem Abschluss und der Abstimmung über Abkommen

Das EU-Parlament und die Parlamente der Mitgliedstaaten müssen eine breite öffentliche Debatte des betreffenden Abkommens im Parlament sicherstellen, sobald es in allen Sprachen verfügbar ist. Das bedeutet, dass alle relevanten Ausschüsse die Handelsabkommen bewerten können müssen, bevor die jeweilige Regierung im EU-Rat eine Position dazu einnimmt. Des Weiteren heißt das auch, dass eine umfassende Beurteilung der Chancen und Risiken über das betreffende Handelsabkommen durchgeführt und veröffentlicht wird. Schließlich müssen Parlamente auch die Möglichkeit haben, den vorgeschlagenen Text zurück an den Verhandlungstisch zu schicken, selbst wenn die Verhandlungen bereits abgeschlossen waren.

8. Abschaffung der vorläufigen Anwendung

Das Instrument der vorläufigen Anwendung wurde ursprünglich für Notfall- und Dringlichkeitssituationen bei anderen internationalen Abkommen eingeführt, nicht für Handels- und Investitionsabkommen. Für diese Abkommen muss die Praxis der vorläufigen Anwendung abgeschafft werden.

9. Zeitliche Begrenzung der Gültigkeit von Abkommen mit der Möglichkeit zur Verlängerung

Es ist sehr schwer und kompliziert aus internationalen von der EU vereinbarten Abkommen wieder auszusteigen. Die EU-Kommission bedarf dazu der Zustimmung des Rates und des EU-Parlaments. Diese Hürde hält Regierungen davon ab, Abkommen zu evaluieren und gegebenenfalls daraus auszusteigen. Daher sollte jedes Handels- und Investitionsabkommen eine begrenzte Laufzeit vorsehen, deren Verlängerung alle beteiligten Parteien aktiv zustimmen müssen. Darüber hinaus sollen das EU-Parlament und die Parlamente der Mitgliedstaaten das Recht erhalten eine umfassende Untersuchung der Abkommen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf Menschenrechte und Nachhaltigkeit zu verlangen.

Einige der hier beschriebenen Schritte können unmittelbar umgesetzt werden, andere benötigen eine tiefer greifende Reform der bestehenden Institutionen. Gemeinsam stellen diese Schritte den Weg zu einer Handels- und Investitionspolitik dar, die uns allen dient.